

## SDA vor Schreiber-Streik

BERN. Ohne sie wären viele Zeitungen halbleer: die News-Agentur SDA. Nun wollen die Chefs radikal abbauen und in der Redaktion 40 von 150 Vollzeitstellen streichen. Dagegen wehrt sich jetzt die Belegschaft. Sie hat Vorschläge ausgearbeitet, um Stellen zu retten. Geht die Chefetage darauf nicht ein, will die Redaktion streiken. Für die Gewerkschaft Syndicom ist klar: Der geplante Kahlschlag wäre für die Schweiz und ihre Medien verheerend. Gerade in Zeiten von Fake News sei die SDA unabdingbar. Sie sorgt für die «Grundversorgung mit gesicherten Nachrichten».



DIE REDAKTION der SDA ist bereit, für ihre Jobs zu streiken. KEYSTONE

## Die Heuchelei von Ex Libris

ZÜRICH. Sparschöck bei der Buch- und DVD-Händlerin Ex Libris: 43 Filialen weg, 114 Stellen gestrichen. CEO Daniel Röthlin jammert: Niemand mehr kaufe Bücher und Filme im Laden. Doch das Bedauern über den Stellenabbau sei pure Heuchelei, sagt Danièle Lenzin von der Unia. Denn die Migros-Tochter verfolgt eine aggressive Billigstrategie im Onlinehandel: «Ex Libris war vor rund zehn Jahren treibende Kraft gegen die Buchpreisbindung», so Lenzin, die damals für die Gewerkschaft Syndicom die Pro-Kampagne leitete. «Den Wandel, den Ex Libris jetzt beklagt, hat sie selber gewollt. Den Preis dafür zahlen nun die Angestellten.»

## Lafarge Holcim bricht Wort

GENÈVE. Geplant war ein feierlicher Tag: Am 10. Januar wollten die Gewerkschaften und der Zementriese Lafarge Holcim ein Abkommen unterzeichnen. Es hätte den Dialog mit den Belegschaften an allen Standorten des globalen Konzerns geregelt. Darauf hatten sich die Sozialpartner geeinigt. Doch Lafarge Holcim liess den Termin kurzfristig platzen: Man habe keinen Bedarf mehr. Rolf Beyeler von der Unia kritisiert diesen Affront: «Das ist Wortbruch und respektlos gegenüber den eigenen Beschäftigten.»

## Chaos-Software bei der SBB

BERN. Bei den SBB-Lokführern herrscht seit November das nackte Chaos. Schuld daran ist die neue Software, mit denen die Bahn die Einsätze plant. Jürg Hurni von der Bahngewerkschaft SEV warnt: «Disponenten und Lokpersonal kommen physisch und psychisch an ihre Grenzen.» Trotzdem wollen die SBB erst im April über die Zukunft des Systems entscheiden und es auf jeden Fall bis Ende Jahr weiter nutzen. Das geht dem SEV aber viel zu langsam: «Die SBB sollen die Übung endlich abbrechen», fordert Jürg Hurni.

# ABB Sécheron: Geschäftsleitung macht mickrige Zugeständnisse Belegschaft will nachverhandeln



NICHT MIT UNS: Die Búezer von ABB in Genf wehren sich gegen die Verlagerung von Jobs nach Polen. FOTO: KEYSTONE

Die ABB will 150 Jobs von Genf nach Polen auslagern. Nach Protesten der Belegschaft krebst die Geschäftsleitung ein bisschen zurück. Die Búezer sagen: ungenügend!

SABINE REBER

Die ABB will die Produktion der Traktions-Transformatoren für Eisenbahnen nach Polen verlagern, um Kosten zu senken. Im November kündigte der Industriekonzern die Streichung von rund 150 der 250 Stellen im Werk von ABB Sécheron in Genf an – trotz vollen Auftragsbüchern.

Die Búezer wehrten sich zusammen mit der Unia gegen den Abbau. Während insgesamt sechs Tagen hielten sie kollektive Konsultationen ab und diskutierten Strategien, wie man die Stellen in Genf retten könnte. Unterstützt wurden sie dabei von einer Taskforce, die der Genfer

Staatsrat Pierre Maudet (FDP) ins Leben gerufen hatte. Dieser gab sich gegenüber work zuversichtlich, dass «alle oder wenigstens ein Teil der Stellen» in Genf erhalten werden könnten. Insbesondere hoffte Maudet, den Industriestandort Genf zu einem Zentrum für Elektromobilität auszubauen.

### MEHR ZEIT

Die Rettungsvorschläge von Belegschaft und Taskforce, die sie der Geschäftsleitung noch Ende Jahr präsentiert haben, gehen denn auch in diese Richtung: Der E-Mobility-Standort Genf solle weiter gefördert werden.

ABB-Ingenieur Pascal Oberson\*, der an der Ausarbeitung der Vorschläge beteiligt war, erläutert work: «Mindestens die Hälfte der Stellen müssen in Genf bleiben, sonst fällt unser Werk unter eine kritische Grösse. Und wir for-

dern mehr Zeit für den Transfer der Stellen nach Polen. Dafür braucht es drei Jahre und nicht, wie von ABB vorgeschlagen, nur 18 Monate.» Ausserdem müsse in Genf ein Pool

### «85 Entlassungen sind 85 Entlassungen zu viel!»

PASCAL OBERSON, ABB-INGENIEUR

für Elektromobilität aufgebaut werden, so dass alle Stellen, die nach Polen verlagert würden, durch neue Jobs ersetzt werden könnten. Und das brauche eben Zeit, sagt der ABB-Mann. Der Bericht beinhaltet aber einen detaillierten Businessplan, in dem aufgezeigt werde, wie die verlagerten Jobs alle ersetzt werden könnten, versichert er.

### GROSSE ENTÄUSCHUNG

Jetzt hat die ABB-Spitze auf den Widerstand und die Vor-

schläge der Belegschaft reagiert: 2018 sollen neu noch keine Entlassungen erfolgen. Und die Zeit für den Transfer nach Polen soll auf 24 Monate verlängert werden.

Das Unternehmen will zudem 15 Stellen weniger streichen als angekündigt. Ingenieur Oberson meint: «Immerhin macht die Direktion einen Schritt in unsere Richtung, aber 85 Entlassungen, das sind immer noch 85 Entlassungen zu viel! Wir sind sehr enttäuscht.»

Der Vorschlag der Geschäftsleitung gehe viel zu wenig weit, sagt auch Unia-Mann Alessandro Pelizzari: «Wir fordern Nachverhandlungen.» work weiss: Auch Staatsrat Pierre Maudet ist enttäuscht über den Vorschlag der ABB. Am WEF in Davos will er unbedingt mit CEO Ulrich Spiesshofer reden.

\*Name geändert.

### UMSTRITTEN

#### ABB-STRATEGIE

Die Auslagerungsstrategie von ABB-Chef Ulli Spiesshofer (Honorar 2015: 9,1 Millionen Franken) ist selbst im ABB-Management höchst umstritten. Hinter vorgehaltener Hand sprechen ABB-Manager von «kommerziellem Selbstmord» (work vom 17. November 2017). Mit guten Gründen. ABB Sécheron ist die weltweit führende Herstellerin von Traktions-Transformatoren. Solche braucht es in Wechselstromzügen und -lokomotiven. Der Eisenbahnmarkt wächst deutlich stärker als der Durchschnitt der Weltwirtschaft. Der Betrieb macht satte Gewinne – dank der guten Búez der Mitarbeitenden und dank den guten Margen.

### FEHLER. Das Problem

von Spiesshofers Strategie: Kaum haben die ABB Sécheron-Kunden von der geplanten Produktionsverlagerung nach Polen gehört, kamen die knallharten Forderungen: ABB solle die Preise um mindestens 10 bis 15 Prozent reduzieren. Spiesshofer kann die Lohnkosten jedoch mit der Verlagerung gerade mal von etwa 12 auf rund 4 Prozent reduzieren. Das heisst: Auch im für Spiesshofer besten Fall bringt die Produktion in Polen weniger Gewinne oder sogar Verluste.

## Anständiger Sozialplan besiegelt das Ende einer deutschen Sulzer-Filiale Eine Lehrstunde über Recht und Macht

Die Sulzer-Pumpenfabrik im westdeutschen Lohmar ist Geschichte. Der Macht eines international aufgestellten Unternehmens war nicht beizukommen.

MICHAEL STÖTZEL

Gegen dieses Weihnachtsgeschenk hatten sich die Beschäftigten der Sulzer-Pumpenfabrik im westdeutschen Lohmar lange gewehrt. Vergeblich. Am 21. und 22. Dezember unterzeichneten der Betriebsrat, das ist die Arbeitnehmervertretung, und der Winterthurer Konzern einen Sozialplan und besiegelten damit das Aus des Unternehmens.

FRISS ODER STIRB. Nach Recht und Gesetz hätte es nicht dazu kommen dürfen. Denn der Betriebsrat hatte 2014 mit dem Konzern einen Standortsicherungsvertrag abgeschlossen. Danach sollte es bis Ende 2019 keine weiteren betriebsbedingten Entlassungen mehr geben. Der



LANGE GESICHTER: Die Sulzer-Pumpenbauer in Lohmar wehrten sich für ihre Arbeitsplätze. Trotz Standortsicherungsvertrag setzte der Konzern die Schliessung per Ende 2017 durch. FOTO: IG METALL

Vertrag sei gültig, bestätigten mehrere Gerichtsstellen. Sulzer könne deshalb die gut laufende Fabrik nicht vor Ende 2019 schliessen.

Doch der international aufgestellte Konzern umging das Recht der Beschäftigten. Er zog Aufträge von Lohmar ab und verteilte sie an seine anderen, vermeintlich billigeren Standorte in Irland

und China (work berichtete). Eine künstliche Insolvenz herbeiführen, so nennt das regionale IG Metallchef Michael Korsmeier: Das Werk kann nicht mehr genug produzieren, um nur schon seine Kosten zu decken. Die Beschäftigten wurden damit vor die Alternative gestellt, «zu fressen oder zu sterben», sagt Christophe Hassenfor-

der, der Präsident des Betriebsrates. Entweder Verhandlungen über einen Sozialplan zur Schliessung des Unternehmens auf Ende 2017 aufzunehmen. Oder die Insolvenz zu riskieren und damit praktisch leer auszugehen.

30 MILLIONEN. «Wir werden nicht als gebrochene Menschen den Standort verlas-

sen», hatte Hassenforder zu Verhandlungsbeginn erklärt. Das ist ihm und seinen Leuten vom Betriebsrat gelungen. Bei einem Volumen von rund 30 Millionen Franken muss niemand den freien Fall befürchten. Von den 170 Beschäftigten gehen 112 in eine sogenannte Transfergesellschaft. Die gibt ihnen bei

### Sulzer drohte ganz unverhohlen mit Insolvenz.

87 Prozent des letzten Nettolohns ein Jahr Zeit, sich weiterzubilden und neue Arbeit zu finden.

Am intensivsten wurde über einen Treuhandvertrag verhandelt. Er soll den Beschäftigten nach dem Rechtsbruch von Sulzer grössere Sicherheit geben, dass sich der Konzern diesmal an das hält, was er unterschrieben hat. «Wir lassen uns nicht ein zweites Mal an der Nase herumführen», sagte Hassenforder.